

Verwaltungsausschuss der Gemeinde Großpösna

Protokoll des öffentlichen Teils der 2. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 07.10.2019

Ort: Ratssaal der Gemeindeverwaltung Großpösna, Im Rittergut 1, Großpösna

Vorsitzende: Dr. Thomas Fröhlich (2. Stellv. Bürgermeister)

Anwesend: 6 Gemeinderäte anwesend: GR Prof Weber, GR Schreiber, GRin Kluge, GR Körner, GRin Wolf, GR Vialon (i.V. für Frau in Christoph)

Entschuldigt: GR Stephani

Gäste: GR Andreas Wolf

Schriftführer: Herr Strobel

Beginn: 19:00 Uhr Ende: 20:30 Uhr

TOP 1: Eröffnung der Sitzung / Protokollarische Feststellungen

Beschlussfähig mit: 6 GR + stellv. BM Protokoll: GR Körner+ GRin Wolf

TOP 2: Empfehlungsbeschluss zur Anpassung der Geschäftsordnung des Gemeinderates

Sachvortrag Herr Strobel: Nach erfolgten Vorberatungen im Verwaltungsausschuss und im Gemeinderat wurde eine Änderungssatzung der Satzung zur Regelung der Geschäftsordnung erarbeitet. Im Ergebnis der Vorberatungen erfolgen Änderungen bei § 1 - Einberufung der Sitzungen und § 11 - Redeordnung.

VA-2019-006 Beschlussfassung mit 7 Ja-Stimmen, 0 Enthaltungen und 0 Gegenstimmen

TOP 3: Vorberatung des Stellenplans der Verwaltung für das Haushaltsjahr 2020

Sachvortrag Herr Strobel:
Es wird eine Tabelle mit den für 2020 notwendigen Stellen und gekennzeichneten Änderungen vorgestellt.
Wesentliche Änderungen zu 2019 sind

Zusätzlich:

0,5 VzÄ Standesamt Frau Große

1,0 VzÄ SB Energie- und Gebäudemanagement/Sitzungsdienst im Bauamt

0,25 VzÄ Aufstockung SB Innere Verwaltung, Herr Franz von 30 auf 40 Wh ab 01.01.2020

Entfällt:

2,0 VzÄ Helfer Bauhof

1,0 VzÄ SB Planung und Entwicklung (Hr. Wiederanders)

Herr Strobel weist auf das Ergebnis der neuen Empfehlung des Sächsischen Rechnungshofes zur Personalausstattung der Kommunen hin.

Herr Prof. Weber regt an, als Platzhalter eine zusätzliche Stelle im Ordnungsamt/Gemeindevollzugsdienst in den Stellenplan aufzunehmen. Herr Strobel stellt dazu die aktuellen Gedanken der Verwaltung vor, zunächst mit geringfügig Beschäftigten in den Ortsteilen zu arbeiten, die als Gemeindevollzugsbedienstete bestellt und entsprechend ausgestattet werden. Schwerpunkt deren Arbeit wäre die direkte Kommunikation in den Ortsteilen aber auch die Verteilung von Strafzetteln und die Weitergabe von Fällen an das Ordnungsamt im Rathaus zur administrativen Abarbeitung, sowie Nachkontrollen. Weiterhin weist Herr Strobel daraufhin, dass im Rahmen des Projektes „Partheland“ u.a. über einen gemeinsamen „Parthelanddienst“ beraten wird, der für alle beteiligten Städte und Gemeinden tätig werden könnte. Herr Schreiber äußert Zweifel, ob Menschen gefunden werden können, die diese Tätigkeiten wahrnehmen. Im Anschluss diskutieren die Ausschussmitglieder über mögliche Strategien, um Verstöße gegen örtliche Satzungen zu ahnden. Dabei werden Hinweiszettel, Nachkontrollen, Bußgelder oder Gespräche mit den betroffenen Bürgern diskutiert.

Herr Strobel sagt zu, drei geringfügig Beschäftigte in die Personalkostenplanung 2020 aufzunehmen und – sofern dies möglich ist – in den Stellenplan 2020 mit einzuarbeiten.

Die Ausschussmitglieder stimmen im Ergebnis dem vorgelegten Entwurf des Stellenplans zu. Auf dieser Grundlage wird nun die Personalkostenplanung für 2020 erstellt.

TOP 4: Beschluß zur Entfristung eines Mitarbeiters im Hauptamt

Sachvortrag Herr Strobel: Herr Carsten Franz ist seit 01.02.2019 als Sachbearbeiter Innere Verwaltung mit einem Umfang von 30 Wochenstunden im Hauptamt in der Entgeltgruppe 8 beschäftigt. Zu seinen Aufgaben gehören u.a. die Personalverwaltung, die Betreuung der kommunalen IT und Wahlen. Zusätzlich ist er als Datenschutzbeauftragter bestellt. Der zunächst bis 30.09.2019 befristete Arbeitsvertrag wurde bis 31.12.2019 verlängert. Auf der Stelle gab es in den vergangenen Jahren aus unterschiedlichen Gründen eine hohe Personalfuktuation. Gerade für diese Stelle ist aber Kontinuität in der Stellenbesetzung zwingend erforderlich. Herr Franz hat sich auf der Stelle bewährt. Daher wird die Entfristung der Stelle vorgeschlagen.

Das Onlinezugangsgesetz und das E-Government-Gesetz verpflichten Kommunen, Verwaltungsleistungen für die Bürgerinnen und Bürger künftig auch über das Internet anzubieten. Ab April 2020 müssen E-Rechnungen verarbeitet werden können. Unter anderem dazu soll ein Dokumentenmanagementsystem eingeführt werden, mit dem zum einen weitgehend auf Papier verzichtet wird und zum anderen die Grundlage für die Nutzung von Onlineanwendungen durch die Bürgerinnen und Bürger geschaffen wird. Dazu ist eine interne Projektsteuerung benötigt. In den kommenden Jahren wird der Ausbau von Online-Angeboten zunehmen, so dass dies kein vorübergehender Personalbedarf bleibt. Daher wird ab 01.01.2020 die Anpassung des Arbeitsvertrages mit Herrn Franz auf 40 Wochenstunden vorgeschlagen.

VA-2019-007 Beschlussfassung mit 6 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung und 0 Gegenstimmen

TOP 5: Vorberatung über die Durchführung eines Workshops zur Haushaltsaufstellung 2020

Herr Strobel stellt den Vorschlag zur Diskussion, sich in den geplanten Workshop zum Haushalt 2020 auf die Maßnahmenliste mit den Investitionen (Baumaßnahmen, Erwerb von bewegl. und unbewegl. Wirtschaftsgütern) zu konzentrieren. Eine detaillierte Beratung jedes einzelnen Sachkontos würde zeitlich nicht machbar sein. Außerdem sind eine Vielzahl der Ausgaben im Bereich der kommunalen Pflichtausgaben ohnehin zwingend. Die Ausschussmitglieder stimmen diesem Vorschlag zu. Die Ausschussmitglieder regen an, die Diskussion zu zum Haushalt 2020 mit strategischen Entwicklungsthemen der Gemeinde zu verbinden.

Prof. Weber regt an, die Vereinsförderung im Lichte der Umsatzbesteuerung ab 2021 im Workshop mit zu behandeln. Herr Strobel schlägt vor, dieses Thema im kommenden Jahr nach Erarbeitung der fachlichen Grundlagen durch die Kämmerei gemeinsam zu betrachten, da dies für die Haushaltsplanung 2020 noch nicht relevant ist und zudem den zeitlichen Rahmen des Workshops sprengen würde.

Es wird vereinbart, den Haushaltsworkshop wochentags (außer Freitag) abends durchzuführen, sobald ein Grobentwurf der Haushaltsplanung von der Kämmerei erstellt ist.

TOP 6 Beratung von Anregungen für Bürgerbeteiligungsverfahren (Leitlinien für Bürgerbeteiligung)

Sachvortrag Herr Strobel: Innerhalb weniger Tage sind 7 Anregungen von Bürgerinnen und Bürgern zur Durchführung eines Beteiligungsverfahrens eingegangen. Alle Anregungen thematisieren die Erschließung des Areals östlich der Grunaer Bucht am Störnthaler See, auf dem ein Inklusionscampingplatz und ein Strand entstehen sollen. Die Verwaltung hat die Anregungen geprüft und schlägt den bereits zur Gemeinderatssitzung am 19.08.2019 vorgestellten Beteiligungsentwurf vor. Dieser sieht vor, dass nach einer Grundsatzentscheidung im Gemeinderat für einen Investor zunächst eine gemeinsame öffentliche Informationsveranstaltung durchgeführt wird, um alle Beteiligten und Interessierten auf einen gemeinsamen Wissensstand zu bringen. Um das Projekt fortlaufend zu begleiten, soll ein Projektbeirat gebildet werden, der aus folgenden Akteuren bestehen könnte:

- Investor und Planer
- Vertreter der Gemeindeverwaltung
- von Gemeinderat und Ortschaftsräten entsendete Vertreter
- ggf. Vertreter der Tourismusakteure am Störnthaler See
- ggf. Vertreter aus der Bürgerschaft

Der Projektbeirat könnte den Planungsprozess fortlaufend begleiten, sowie Feedback und Input an den Investor geben. Zu Meilensteinen in der Planung werden weitere öffentliche Infoveranstaltungen durchgeführt.

Die Ausschussmitglieder bestätigen den Vorschlag.

TOP 7 Informationen

Herr Strobel informiert über:

- Auftaktberatung zu Glasfasererschließung in Großpösna mit der Deutschen Glasfaser am 08.10., Firma möchte kommende Woche beginnen – sportlich, wahrscheinlicher Baubeginn in der 43. KW. Ende Oktober Termin zu Nachfragebündelung in den Ortsteilen Güldengossa, Störmthal und Seifertshain
- Diese Woche Vorstellungsgespräche für Stelle Anlagenbuchhaltung/Kasse – viele Bewerbungen – Entscheidung dann im VA
- Aktuell wieder Vandalismusphase im Ortskern Großpösna
- Hinweis auf www.partheland.de; Arbeitsgruppen sind besetzt, inhaltliche Arbeit startet in Kürze
- TdoT im Jugendclub Großpösna am 12.10. 14:00 -17:00 Uhr
- LMBV hat Quadveranstalter zum 31.12.2019 auf Drängen der Gemeindeverwaltung gekündigt. Künftig keine legale Quadnutzung am Störmthaler See mehr möglich
- Beteiligungsprozess Magdeborner Halbinsel beginnt im Herbst, Befragung mit Anschreiben; Beteiligungsveranstaltung

TOP 8: Anfragen

Herr Arnold (Bürger aus Dreiskau-Muckern) fragt nach dem Zeitpunkt der geplanten Informationsveranstaltung zum Projekt Inklusionscampingplatz. Herr Strobel antwortet, dass aktuell zwar dringender Informationsbedarf gesehen, um Gerüchte und Interpretationen zu vermeiden, eine Veranstaltung aber erst Sinn mache, wenn ein Investor feststeht, der auch Planungen vorstellen kann.

Die Sitzung wurde um 20:15 Uhr beendet. Im Anschluss fand eine nichtöffentliche Sitzung statt



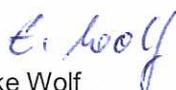
Daniel Strobel
Schriftführer



Thomas Körner
Gemeinderat



Dr. Thomas Fröhlich
2. stellv. Bürgermeister



Elke Wolf
Gemeinderätin